

**Doro Moritz**

**Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg**

**Ansprache bei der DGB-Kundgebung in Heilbronn am 1. Mai 2010**

**Wir gehen vor! Gute Arbeit – Gerechte Löhne – Starker Sozialstaat!**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Wir gehen vor! Gute Arbeit – Gerechte Löhne – Starker Sozialstaat! Unter diesem Motto steht der 1. Mai 2010 – und ich füge als Vorsitzende der Bildungsgewerkschaft GEW hinzu: Das gilt auch für Chancengleichheit in der Bildung!

Ich habe die Einladung, heute nach Heilbronn zu kommen, gerne angenommen. Mich verbinden gute Erinnerungen mit der Stadt. Vor zwei Jahren wurde ich hier in der Harmonie zur GEW-Vorsitzenden gewählt. Ich werde die Gelegenheit nutzen, um auch zur aktuellen Bildungspolitik des Landes Stellung nehmen.

Der 1. Mai steht wie schon im vergangenen Jahr im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Weltweit haben in der Finanz- und Wirtschaftsbranche mindestens 100 Millionen Menschen ihre Arbeit verloren. Milliarden schwere Rettungsprogramme haben viele Banken vor dem Bankrott gerettet.

Der wirtschaftliche Schaden grenzt ans Astronomische. Und was ist mit den Verursachern der Krise? Wurden sie zur Rechenschaft gezogen – nach all den vollmundigen Bekundungen der Politik? Sind die Kapitalmärkte, deren Handeln Bundespräsident Horst Köhler mit dem eines zerstörerischen Monsters verglich, wirkungsvoll reguliert worden?

Nein! Die Hauptverursacher machen munter weiter und ziehen schon wieder Gewinne aus ihrem Treiben. Mit zweistelligen Millionengehältern richten sie sich weiter gemütlich in ihrer Parallelgesellschaft ein – jenseits demokratischer Kontrolle und der Regeln der Marktwirtschaft. Die weltweite Macht einiger weniger globaler Finanzkonzerne spiegelt die zunehmende Ohnmacht der politisch Verantwortlichen. Mit der gefährlichen Konsequenz, dass die politische Ohnmacht antidemokratischen Populisten in die Hände spielt.

Wenn jetzt nicht entschieden gegen Spekulanten eingeschritten wird und die Finanzmärkte rasch reguliert werden, ist es heute Griechenland, morgen sind es andere EU-Mitgliedsstaaten, gegen die nach dem gleichen Muster vorgegangen wird. Nicht nur der Euro ist derzeit in Gefahr, sondern das soziale Fundament Europas. Deshalb fordern wir zusammen mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund einen neuen sozialen Deal.

Es ist höchste Zeit, sich verstärkt einzumischen.!

Wir gehen vor! Wir setzen uns für gute Arbeit, für gerechte Löhne, für einen starken Sozialstaat ein!

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwirtschaften tagtäglich den Wohlstand dieses Landes. Vor allem sie sind es, die mit ihren Steuern die milliardenschweren Krisenprogramme finanzieren. Sie und ihre Gewerkschaften sind es, die mit verantwortungsbewussten Tarifabschlüssen das Schlimmste abgewendet und Arbeitsplätze gesichert haben.

Der befürchtete starke Anstieg der Arbeitslosigkeit konnte bislang verhindert werden - dank der Verlängerung der Kurzarbeit, der Konjunkturprogramme und der Abwrackprämie. Maßnahmen, für die Gewerkschaften gekämpft haben. Die neue Arbeitslosenstatistik lässt uns nicht in Jubel ausbrechen.

Die Kurzarbeit bezahlen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Aber die Rekordgewinne im 1. Quartal 2010 bei der Deutschen Bank und bei Daimler kassieren die Aktionäre. Deshalb fordern wir zu Recht: Jetzt gehen wir vor!

Notwendig ist ein grundlegendes Umdenken in Wirtschaft und Gesellschaft.

Den Zockern und Spekulanten muss endlich die Rechnung präsentiert werden. Es darf nicht sein, dass sie den starken Euro und die europäische Einigung mit ihrer rücksichtslosen Profitgier gefährden.

Die Schere zwischen Arm und Reich klafft weiter auseinander. Sie wurde und wird politisch gefördert. Es kann nicht sein, dass die Milliardensummen deutscher Steuerhinterzieher in Steueroasen verschwinden, während hier der Sozialstaat diffamiert wird.

Wir wollen einen starken, handlungsfähigen Staat. Denn nur ein starker Staat kann sich für die Schwachen einsetzen.

Die FDP mit Guido Westerwelle will die Handlungsfähigkeit des Staates untergraben. Ihre Klientel glaubt auf einen starken Staat verzichten zu können. Denn auf der Sonnenseite des Lebens gibt es doch Luxus-Kitas, Privatschulen und Eliteuniversitäten. Ein starker Staat, der sich den Schwachen zuwendet, ist für diese Klientel der FDP doch nur ein lästiger Klotz am Bein.

Wir bekämpfen jeden Versuch, aus der Not der Krisenopfer Kapital zu schlagen. Der Niedriglohnsektor darf nicht weiter ausgebaut werden. In der Krise ist die Einführung von Mindestlöhnen dringlicher denn je. Eine Regierung, die Minijobs und Niedriglöhne fördert, handelt nicht nur unsozial. Sie verzichtet damit auf Steuereinnahmen. Sie gefährdet die Grundlagen unserer sozialstaatlich verfassten Demokratie.

Wir Gewerkschaften stellen uns mit Nachdruck gegen die Angriffe von Schwarz-Gelb auf den Sozialstaat, auf das Gesundheitssystem und die Rentenversicherung. Die Rente muss zum Leben reichen! Die Privatisierung der Alterssicherung ist der völlig falsche Weg. Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung weiterentwickeln, in die alle einzahlen und die alle unter das Dach einer gemeinsamen Rentenversicherung holt. Wir lehnen die Kopfpauschale ebenso ab wie die Rente mit 67 – und auch die Pension mit 67. Die Kopfpauschale von Minister Rösler ist nicht nur ungerecht, sondern führt auch dazu, dass der Krankenversicherung Milliarden entzogen werden, weil die Gutverdiener und Arbeitgeber entlastet werden!

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mischen uns nicht nur bei der Gestaltung unserer Arbeitsbedingungen ein. Der DGB nimmt auch seine gesellschaftspolitische Verantwortung wahr. Dazu gehört die Forderung nach einem anderen, einem fairen Umgang mit Migrantinnen und Migranten. Sie sind rund ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland. Migrantinnen und Migranten sind Teil der kulturellen Vielfalt in den Kommunen. Sie sind nicht wegzudenken aus den Unternehmen und Betrieben. Migrantinnen und Migranten sind in den Gewerkschaften und Betriebsräten aktiv. Dennoch: Vielen von ihnen wird mangelnder Integrationswillen unterstellt! Anscheinend die billigste Art und Weise, um von den realen

ökonomischen und sozialen Defiziten unserer Gesellschaft abzulenken. Die mit der Einwanderung verbundenen Herausforderungen und Probleme dürfen nicht tabuisiert werden. Deshalb müssen die Beseitigung struktureller Missstände im Bildungssystem sowie die politischen und ökonomischen Ausgrenzungsprozesse zum Schwerpunkt der Integrationspolitik gemacht werden.

Wir stellen uns gegen jegliche Demagogen. Ob sie den Solidargedanken mit Füßen treten, gegen Minderheiten hetzen oder alte Nazi-Parolen aufwärmen. Der 1. Mai ist unser Fest der Solidarität. Hier haben alte und neue Nazis keinen fußbreit Platz.

So wichtig ein Verbot der NPD und anderer neonazistischer Organisationen ist, so notwendig ist die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit rechtsextremen und rassistischen Einstellungen, die bis weit in die Mitte der Bevölkerung reichen. Rassistische Einstellungen sind nicht abhängig vom sozialen Status.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, jeder und jede Einzelne von uns ist aufgefordert, Zivilcourage zu zeigen, Position zu beziehen. Und natürlich erwarten wir dasselbe von den politisch Verantwortlichen und allen gesellschaftlich relevanten Kräften.

Und deshalb kämpfen wir für gleiche Rechte und Gleichbehandlung, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, Alter oder Behinderung!

Wir demonstrieren heute für gute Arbeit, gerechte Löhne und einen starken Sozialstaat.  
Wir gehen vor!

### **Arbeitsmarktpolitik muss für gute Arbeit sorgen**

Wieder einmal sollen die Arbeitslosen selbst schuld sein an ihrer sozialen Lage. Vor allem Hartz IV-Empfängerinnen und -Empfänger werden von den sogenannten Liberalen, allen voran Guido Westerwelle, auf das Übelste als Sozialstaatsbetrüger diffamiert.

So wird abgelenkt von den geschätzten 100 Milliarden Euro, die dem Fiskus Jahr für Jahr durch Steuerhinterziehung vorenthalten werden.

Im Niedriglohnbereich arbeiten inzwischen 22 Prozent der Beschäftigten. Unsichere Arbeitsverhältnisse wie Minijobs, Leiharbeit, Befristungen und prekäre Selbständigkeit greifen immer weiter um sich.

1,3 Mio. Erwerbstätige sind ergänzend auf Hartz IV angewiesen. Es war politischer Wille, dass der Niedriglohnbereich wächst. Durch immer neue Signale aus der Politik werden die Arbeitgeber geradezu ermuntert, die Lohnschraube noch fester zu ziehen. Gleichzeitig werden diejenigen beschimpft, die dann ergänzende Leistungen in Anspruch nehmen müssen. Das ist an Verlogenheit nicht mehr zu überbieten.

Es ist menschenunwürdig, Arbeitslose in Beschäftigungsverhältnisse zu zwingen, die ihnen und ihren Kindern selbst bei Vollzeittätigkeit keine Existenzgrundlage bieten.

Dieser Irrweg muss korrigiert werden!

Wir müssen dem Ausfransen des Arbeitsmarkts nach unten einen Riegel vorschieben. Deshalb brauchen wir gutes Geld für gute Arbeit, mindestens aber Existenz sichernde Mindestlöhne. Es darf nicht sein, dass Arbeitgeber ihre Arbeitskräfte ausbeuten können, weil mit öffentlichen Geldern der zu niedrige Lohn ausgeglichen wird.

Arbeit muss sich wieder lohnen! Diesem Motto können auch wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nur zustimmen. Doch dies darf nicht nur für Banker, Spekulanten und Immobilienbesitzer gelten, sondern genauso für Leiharbeiter, Beschäftigte im

Bewachungsgewerbe, Beschäftigte im Einzelhandel oder Beschäftigte im Hotel- und Gaststättengewerbe.

Gute Arbeit ist kein Privileg, sondern das Recht aller Menschen!

### **Die Jugend braucht gute Ausbildung und Beschäftigung**

Wir dürfen nicht länger zulassen, dass so viele junge Menschen ohne Perspektive bleiben. Sie spüren die aktuelle Krise am stärksten: Bei den unter 25-Jährigen stieg die Arbeitslosigkeit drastisch an, um ca. 20 Prozent.

Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armut: Mehr als die Hälfte rutscht ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld I direkt in Hartz IV.

Dass so viele junge Menschen Probleme haben einen Job zu finden, und auch einen guten Job zu finden, das hat strukturelle Ursachen und liegt nicht an ihnen persönlich. Es trifft sie aber individuell: In ihrem Selbstwertgefühl, in ihrer Lebensperspektive, in ihrem Verhältnis zu unserer Gesellschaft. Es lässt sie daran zweifeln, ob sie hier ihren Platz haben.

Auch deshalb brauchen sie gute Arbeit!

Die Chancen aller jungen Menschen müssen verbessert werden. Dies gilt insbesondere für Jugendliche mit Migrationshintergrund, Hauptschülerinnen und Hauptschüler sowie leistungsschwächere oder behinderte Jugendliche.

1,5 Millionen junge Erwachsene von 20 bis 29 Jahren haben keinen Berufsabschluss! Das entspricht 15 Prozent dieser Altersgruppe.

Warum: Nur noch 24 Prozent der deutschen Unternehmen bilden aktiv aus.

Das verschärft den drohenden Fachkräftemangel und schädigt die Zukunftschancen des Unternehmens, der Industrie und des Standortes Deutschland.

Wir wollen gute Arbeit für alle Beschäftigten, ob jung oder alt, weiblich oder männlich. Und das bedeutet für uns: Ausbildungsplätze für alle, Jobs statt Schein-Praktika, unbefristete Verträge statt Projektarbeit, soziale Sicherung statt Schein-Selbständigkeit, angemessene Einkommen statt Armut trotz Arbeit, Mitbestimmung statt Angst und Erpressbarkeit.

### **Wir gehen vor! Gute Arbeit ist mitbestimmte Arbeit**

Den Kolleginnen und Kollegen in den Betriebs- und Personalräten kommt eine Schlüsselrolle bei der Arbeitsplatz- und Lohngestaltung, bei der Beschäftigungssicherung zu. Sie können die Arbeitsbedingungen im Betrieb und Unternehmen verbessern. Und sie tun es jeden Tag!

Es zeigt sich: Mitbestimmung ist ein Garant für gute Arbeit. Nur wo Mitbestimmung drauf steht, ist gute Arbeit drin!

### **Gute Arbeit beinhaltet Humanisierung der Arbeit durch Arbeits- und Gesundheitsschutz**

Die Folgen von Arbeitsverdichtung und Ausweitung von Arbeitszeiten sind bei vielen Beschäftigten spürbar: Psychische Erkrankungen nehmen zu, Alte und Kranke werden ausgegrenzt, wenn sie dieses Tempo nicht mithalten können.

Eine verbesserte Prävention ist ein unverzichtbarer Baustein für einen starken Sozialstaat. Wer zulässt, dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kaputt schuften, darf sich nicht

wundern, wenn auch die Kosten in den Sozialversicherungssystemen durch Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Rehabilitation ansteigen.

### **Mit Tarifpolitik zu guter Arbeit und gerechten Löhnen**

Die Tarifpolitik der Gewerkschaften ist nicht die Ursache der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise in Deutschland. Im Gegenteil: Sie hat mit vernünftigen Abschlüssen Beschäftigung gesichert. Sie ist tragende Säule des Sozialstaates.

In vielfacher Hinsicht sind die Beschäftigten in unserem Land aber die Leidtragenden dieser Wirtschaftskrise. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, die Angst um Arbeitsplatzverlust nimmt zu und die tarifpolitischen Durchsetzungsbedingungen sind schwieriger geworden. Die Exportwirtschaft in Deutschland befindet sich in einer schwierigen Phase. Deshalb fordern die Gewerkschaften eine Stärkung in der Binnennachfrage. Wir fordern mehr öffentliche Investitionen, und zwar dort, wo der gesellschaftliche Bedarf und die Zukunftsmärkte sind: in Bildung, Energie- und Umwelttechnik, Medizintechnik, in soziale Einrichtungen und eine umweltfreundliche Verkehrsinfrastruktur.

Klar ist, dass auch die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Erfüllung tariflicher und sozialer Mindeststandards geknüpft werden muss.

Nur so sichern und schaffen wir zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Abgebaut werden muss die eklatante Ungleichheit der Bezahlung zwischen Männern und Frauen. Es ist empörend: Frauen verdienen in Deutschland 22 Prozent weniger als Männer. Die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern sind bei uns im europaweiten Vergleich besonders groß und sie werden größer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Arbeitsverträge auf tarifvertraglicher Grundlage sind auch im öffentlichen Dienst nicht selbstverständlich. Für die rd. 10.000 Lehrerinnen und Lehrer im Angestelltenverhältnis an den Schulen in Baden-Württemberg gibt es keinen Tarifvertrag, der die Eingruppierung regelt. Deshalb führt die GEW derzeit bundesweit für die rd. 200.000 Beschäftigten Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft der Länder. Die Arbeitgeber sind zu keinerlei Zugeständnissen bereit. Deshalb haben wir gestern die Lehrer/innen in Baden-Württemberg für kommenden Dienstag zum Warnstreik aufgerufen. Die Lehrerinnen und Lehrer sind bereit zu kämpfen für eine bessere Eingruppierung, für eine gleichwertige Eingruppierung in allen Schularten!

### **Gute Arbeit braucht gute Energie-, Klima- und Umweltpolitik**

Wir werden nicht zulassen, dass CDU und FDP das Rad zurückdrehen:

Der DGB hält am Beschluss zum Ausstieg aus der Kernenergie fest. Kernenergie ist keine energiepolitische Option. Neckarwestheim muss abgeschaltet werden!

Zukunftsfähige Arbeitsplätze zeichnen sich durch soziale Gerechtigkeit, ökologische Verträglichkeit in einer leistungsfähigen Wirtschaft aus.

### **Ein starker Sozialstaat braucht Steuergerechtigkeit**

Die öffentlichen Kassen sind leer. In der schwersten Wirtschaftskrise der Republik purzeln Steuern und Beiträge. In den nächsten vier Jahren droht ein Steuerschwund von 300 Milliarden Euro. Allein dieses Jahr fehlen den Sozialkassen voraussichtlich 32 Milliarden Euro. Gleichzeitig explodieren die Staatsausgaben. Der Banken-Rettungsschirm, Konjunkturpakete und Kurzarbeit

verschlingen einen dreistelligen Milliardenbetrag. Das Haushaltsloch hat inzwischen einen Durchmesser von 130 Milliarden Euro.

Viele Städte und Gemeinden gingen schon vor der Krise finanziell am Krückstock.

Die Politik hatte die Staatskassen in der Hoffnung auf mehr Wachstum durch Steuersenkungen regelrecht geplündert.

Die deutsche Steuerquote sank unter den EU-Durchschnitt. Das erwartete Wachstum blieb jedoch aus. Lediglich die Schulden kletterten auf neue Rekordhöhen. Aufgrund der schwarz-rot-grünen Steuersenkungen fehlen uns heute noch jährlich 30 Milliarden Euro.

Nun legten Merkel und Westerwelle noch eine Schippe drauf. Sie beschenkten Hoteliers, Großunternehmen und Erben mit vier Milliarden Euro. Und schon bald soll der Fiskus auf weitere 25 Milliarden Euro Einkommenssteuer verzichten.

Das Schlimmste steht uns aber noch bevor: Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse nimmt dem Staat den Handlungsspielraum.

Alles muss auf den Prüfstand: Öffentlicher Dienst, Daseinsvorsorge, Rente, Arbeitslosengeld, Hartz IV. Theater, Bibliotheken und Hallenbäder stehen vor dem Aus. Kitas und Horte werden früher schließen. Gebühren und Eintrittspreise öffentlicher Einrichtungen steigen.

Wie soll der Personalnotstand im öffentlichen Dienst in Krankenhäusern, Pflegeheimen, Kinderkrippen und Justiz behoben werden? Wie soll die Bildung weiterentwickelt werden? Mit Hilfe einer Vermögenssteuer und einer reformierten Erbschaftssteuer können Vermögende zukünftig mehr zum Gemeinwohl beitragen.

Aber auch Spitzenverdiener und Unternehmen müssen steuerlich stärker belastet werden. Durch eine Finanztransaktionsteuer und eine Sondersteuer für Bankenmüssen die Verursacher der Krise an den Kosten des Rettungseinsatzes beteiligt werden.

Wir brauchen mehr Staatseinnahmen und nicht um weniger!

Steuergerechtigkeit ist eine wesentliche Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit.

### **Starker Sozialstaat und gleiche Chancen in der Bildung für alle gehören zusammen**

Die Bundeskanzlerin hat die Bildungsrepublik Deutschland ausgerufen.

Wer dieses Ziel erreichen will, muss Geld in die Hand nehmen und die öffentlichen Bildungsausgaben deutlich erhöhen. Doch von den Investitionen, die Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Ministerpräsidenten 2008 auf dem Dresdener Bildungsgipfel zugesagt hatten, sind wir mittlerweile meilenweit entfernt: Statt über bis zu 60 Milliarden Euro jährlich zu verhandeln, ist die Summe auf 13 Milliarden eingedampft worden. Der dritte Bildungsgipfel am 10. Juni wird ein riesiger Flop, wenn die Finanzminister ihre Rechenricks vorführen dürfen und sich niemand an den Aufgaben und Herausforderungen für den Bildungsbereich orientiert.

Wir brauchen mehr Qualität im Bildungswesen: Mehr und bessere Kindergärten, mehr Ganztagschulen, den Ausbau der Hochschulen, mehr Weiterbildungsberatung!

Denn mit den Schul- und Hochschulabschlüssen vergibt der Staat auch Lebenschancen.

Die Maßnahmen der schwarz-gelben Koalition beim Bund im Bildungsbereich sind erbärmlich:

Wir brauchen kein Betreuungsgeld für Eltern, die ihr Kind von der KiTa fernhalten!

Wir brauchen keine Begabten-Stipendien für die Kinder reicher Eltern, sondern ein BaföG, das Arbeiterkindern das Studium ermöglicht!

Wir wenden uns entschieden gegen Bildungsgebühren vom Kindergarten bis zur Hochschule! Die Stadt Heilbronn hat mit der Beitragsfreiheit in den Kindertageseinrichtungen bewiesen, dass das finanzierbar ist, wenn eine Kommune das will.

Es darf nicht sein, dass Eltern immer mehr Geld für Schulbücher, Klassenfahrten und Nachhilfe aus der eigenen Tasche bezahlen müssen - und gleichzeitig reiche Eltern das Schulgeld für Privatschulen bis zu 5.000 Euro einfach von der Steuer absetzen können!

Chancengleichheit in der Bildung steht im Kinderland Baden-Württemberg in der Landesverfassung. Die Realität sieht anders aus! Dort heißt es: „Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung. Das öffentliche Schulwesen ist nach diesem Grundsatz zu gestalten“.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Ministerpräsident Mappus nimmt die Bildungspolitik wichtig, vor allem mit Blick auf die Landtagswahlen 2011. Dass er ernsthaft bereit ist für Chancengleichheit zu sorgen, bezweifle ich. Im Landeshaushalt wurden die Bildungsausgaben für 2010 und 2011 gekürzt, aber gleichzeitig 2,5 Millionen zusätzlich eingestellt. Und zwar für eine Kampagne mit Zeitungsbeilagen und Hochglanzbroschüren, mit der die kritischen Eltern und die Öffentlichkeit ruhig gestellt werden sollten. Diese Mappus-Show hat erfreulicherweise nicht funktioniert. Ich fordere Ministerpräsident Mappus auf, nicht nur plakativ das Kinderland Baden-Württemberg auszurufen. Ich erwarte, dass er den Erzieherinnen und Lehrkräften Arbeitsbedingungen gibt, mit denen sie die Kinder und Jugendlichen so unterstützen können, dass die Eltern tatsächlich mit dem Kinderland zufrieden sein können.

Mit der ungerechten und konzeptionslosen Bildungspolitik muss endlich Schluss sein. Sonst müssen wir das Kinderland in Hinterland umbenennen!

Jeder vernünftige Mensch weiß, dass es wesentlich effektiver und auch billiger ist, früh zu investieren statt spät zu reparieren. Trotzdem weigert sich das Land Baden-Württemberg konsequent, eine gute Sprachförderung in den Kindertageseinrichtungen und Grundschulen zu installieren. Statt für Sprachförderung gibt die Landesregierung 10,6 Millionen für Sprachtests aus.

Es hilft den Kindern nicht, wenn das Musterländle mit seiner Testeritis an Kindertageseinrichtungen und Schulen Weltmeister wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sprache lernt man nicht durch Testen, sondern durch Sprechen. Deshalb brauchen Erzieherinnen zusätzliche Zeit, kleinere Gruppen und eine bessere Ausbildung, um die individuelle Sprachförderung und die vielfältigen anderen Aufgaben der Stärkung und Unterstützung der Kinder besser leisten zu können!

Ich habe ein schönes Zitat gefunden, das ich euch nicht vorenthalten möchte. Ihr erratet nicht, von wem es ist:

„Der Beruf der Erzieherin ist in Deutschland nicht adäquat bezahlt.

Die individuelle Förderung ist nur gesichert, wenn der Betreuungsschlüssel auf 1: 8 verbessert wird.

In jeder KiTa muss ausreichende akademische Qualifikation vorhanden sein.“

Das stammt aus den Empfehlungen des wissenschaftlichen Beirats der bayrischen Staatsregierung zur Weiterentwicklung von Bildung und Schule. Die Leitung dieses Beirats hatte Prof. Dr. Marion Schick, inzwischen Kultusministerin in Baden-Württemberg.

Ich erwarte, dass sie zu diesen Positionen steht, auch wenn sie Ministerin von Mappus-Gnaden ist!

Es ist kein gerechter Lohn, dass sich im Bildungsbereich die Bezahlung nach der Schuhgröße der Kinder richtet! Denn die Arbeit mit kleinen Kindern ist keinesfalls weniger wert, im Gegenteil. Fast 50.000 zusätzliche Erzieherinnen und auch Erzieher braucht die Republik. Sonst kann der

Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz bis zum Jahr 2014 nicht eingelöst werden. Baden-Württemberg hat deshalb die Zahl der Ausbildungsplätze erhöht. Aber sie bleiben leer! Ein klares Zeichen! Dieser Arbeitsplatz muss attraktiver werden!

Entlarvend ist die Politik der Landesregierung auch im Hauptschulbereich:  
Sie registriert, dass immer weniger Eltern die Hauptschule für ihr Kind akzeptieren.  
Sie registriert gleichzeitig, dass die vielen kleinen Hauptschulen im Land sehr teuer sind.  
Sie erfindet eine Schule, die angeblich besser ist als die Hauptschule und die es nur geben soll, wenn sie mindestens 2 Parallelklassen hat. Sie darf sich dann Werkrealschule nennen. Dies löst ein gigantisches Schulsterben in Baden-Württemberg aus, auch hier im Stadt- und Landkreis Heilbronn. Viele kleine Schulen mit gutem pädagogischem Konzept werden zerschlagen. Werkrealschulen werden dort gebildet, wo sich der Bürgermeister durchgesetzt hat.

Die neue Werkrealschule ist aktiver und planmäßiger Betrug der Hauptschülerinnen und Hauptschüler um ihre Bildungschancen. Nicht einmal die Hälfte wird die Werkrealschule erfolgreich abschließen. Die einzigen, die davon profitieren, sind die Busunternehmer.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es gibt keinen Grund, ein Kind auf die Werkrealschule statt auf die Hauptschule zu schicken:

- Sie bietet keinerlei zusätzliche individuelle Förderung. Sie hat größere Klassen als die Hauptschule.
- Hauptschule und Werkrealschule unterrichten nach dem identischen Bildungsplan.
- Der einzige Unterschied ist die 10. Klasse.
- Die Werkrealschule zerstört, was Hauptschülerinnen und Hauptschüler brauchen, nämlich stabile Bezugspersonen und die vertraute Umgebung.
- In der 10. Klasse fahren die Werkrealschüler/innen an 2 Tagen pro Woche an eine berufliche Schule ihrer Wahl, um sich dort in eine Klasse der Berufsfachschule reinzusetzen.

Der anspruchsvollere Bildungsplan wird dazu führen, dass die schwächeren Hauptschülerinnen und Hauptschüler noch mehr zu Verlierern in unserer Gesellschaft werden. Das ist kein Zukunftsmodell, das ist ein organisatorisches Monstrum und pädagogischer Rückschritt!

Wir brauchen Schulen, in denen alle Kinder über die Grundschule hinaus gemeinsam lernen. Ich frage euch: Warum soll das, was in der Grundschule mit ganz verschiedenen Kindern vier Jahre lang funktioniert, in der 5. Klasse nicht mehr funktionieren?  
Nur Gemeinschaftsschulen für alle können ein gerechtes, wohnortnahes, stabiles Schulangebot schaffen, erst recht bei den zurückgehenden Schülerzahlen. Das Festhalten am gegliederten Schulsystem wird schon in wenigen Jahren im Kinderland in vielen Landstrichen schulfreie Zonen schaffen. Deutschland ist das einzige Land in Europa, das Kinder nach der 4. Klasse in verschiedene Schubladen sortiert.

Baden-Württemberg rühmt sich damit, dass die Hochschulreife auch außerhalb des allgemein bildenden Gymnasiums erworben werden kann. Tatsächlich ist aber der Lehrermangel an beruflichen Schulen so groß, dass in diesen Wochen ein Drittel der Schülerinnen und Schüler keinen Schulplatz bekommt, obwohl sie den geforderten Notenschnitt für den Übergang aufs Berufskolleg oder das berufliche Gymnasium erreicht haben.  
Das ist Verrat an der Berufsperspektive motivierter Jugendlicher! Wir haben der Kultusministerin gesagt: Mit ihrer Freundlichkeit wird sie den Lehrermangel nicht weglächeln können! Die beruflichen Schulen brauchen zusätzliche Lehrerstellen!

Baden-Württemberg rühmt sich damit, Ganztagschulen zu fördern. Ganztagschulen sind gut. Sie tragen dazu bei, die Nachteile der sozialen Herkunft auszugleichen. Mit der Ganztageschule light a là Baden-Württemberg geht das allerdings nicht. Wer Ganztagschule auf Ehrenamtlichen aufbaut, hat kein Konzept. Das ist keine zukunftsweisende Bildungspolitik!

Die Schulen brauchen hauptberufliches Personal. Das Land muss endlich wieder in die Finanzierung der Schulsozialarbeiter einsteigen!

Nur durch gute pädagogische und sozialpädagogische Arbeit können wir verhindern, dass Versäumnisse in der Entwicklung der kleinen Persönlichkeiten, ihrer Fähigkeiten und Begabungen in wenigen Jahren zu einem gesellschaftlichen Konfliktpotenzial riesigen Ausmaßes werden. Es geht dabei nicht nur um Migrantinnen und Migranten. Es geht um sozial Benachteiligte und Behinderte. Zur Chancengleichheit gehört auch die Beseitigung der Kinderarmut. Armut belastet, Armut grenzt aus, Armut bedeutet Verlust der Würde. Armut verursacht Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit. Bildungsarmut und materielle Armut gehören zusammen. Wer nichts lernt, bleibt arm. Ein Leben lang.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

nicht nur am 1. Mai gehen wir für unsere Interessen auf die Straße: Im Juni wird der Bildungsstreik der Schüler/innen und Student/innen fortgesetzt, die IG Metall macht mobil für Bildung und Ausbildung und der DGB demonstriert gegen Rente und Pension mit 67, gegen Kopfpauschale für kostenlose und gute Bildung für alle, für handlungsfähige Kommunen! Es geht um uns und um unsere Zukunft! Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen: Für eine bessere und nachhaltige Krisenbewältigung! Für gute Arbeit, gerechte Löhne, für einen starken Sozialstaat, für gute Bildung, für eine demokratische Gesellschaft!

1. Mai 2010

Doro Moritz